



Telefon- und Alarmanlage auf einer der Etagen im Gefängnis Heidering.

FOTO: HARTMUT F. RECK

Strafanzeige wegen Kahlschlags im Erlenwald

Naturschützer wollen weiteres Bäumefällen verhindern

Von Jutta Abromeit

Genshagen – Der Verein Naturfreunde Brandenburg hat bei der Staatsanwaltschaft Potsdam Strafanzeige gegen Unbekannt gestellt. Bei Genshagen sind von Februar bis März auf drei Parzellen insgesamt etwa drei Hektar Erlenbruchwald kahlschlagen worden. Das Brisante daran: Bei der betroffenen Fläche handelte es sich um ein Flora-Fauna-Habitat-Gebiet (FFH), eine als Lebensraum in europäischem Maßstab geschützte Naturfläche. Aufmerksam gemacht wurde der Landesverband der Naturfreunde von der Ortsgruppe Ludwigsfelde. Ihre Mitglieder wandern viel, auch in Genshagen, dem größten Ortsteil der Stadt. Dort entdeckten sie den Kahlschlag.

●●Hier wird Wald totgepflegt. Was will ich pflegen, wenn nichts mehr da ist?“

Martin Schmid, Forstsachverständiger

Erlenbruchwald steht dort auf mehr als 100 Hektar. Die Kahlschlagsfläche ist Privateigentum, sie wird von der Landesforst verwaltet. Zuständig ist im Landesbetrieb Forst die Oberförsterei Wünsdorf. Ihre Leiterin Britta Lolk war gestern für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Martin Schmid

arbeitet ehrenamtlich für die Naturfreunde, ohne ihr Mitglied zu sein. Der bei Schwerin lebende freiberufliche Forstsachverständige leitet geführte Wanderungen. In diesem Fall erstellte er ein Gutachten für die Brandenburgischen Naturfreunde und sagt: „Diese drei Hektar wurden als Industrieholz gefällt, daraus werden zum Beispiel Spanplatten gefertigt. Damit wird extra unter Schutz gestellter Lebensraum vernichtet.“

Erlenbruchwald sei europaweit stark im Rückgang, erklärt Schmid. „Vor allem wegen der Entwässerung vergangener Jahrzehnte“. Anzeige erstatteten die Naturfreunde vor allem, weil sie weiteren Kahlschlag befürchten. „Es sind bereits weitere Bäume gekennzeichnet“, so Schmid.

Nach dem Brandenburger Waldgesetz sei fürs Fällen im Wald keine Genehmigung nötig. Damit werde der Wald ja gepflegt, so der Gutachter. „Doch hier wird Wald totgepflegt. Was will ich noch pflegen, wenn nichts mehr da ist“, mahnt er und befürchtet, dass dieser Typ Lebensraum auf Dauer geschädigt sei.



Blick auf eine der kahlschlagenen Erlenbruchflächen.

FOTO: PRIVAT

JUBILARE

Die MAZ-Lokalredaktion gratuliert herzlich in **Blankenfelde** Gerd Czichowski zum 72., Monika Jans zum 71., Hilde Niewald zum 74., Anita Noske zum 78., Bernd Siebert zum 74., in **Mahlow** Gabriele Henry zum 71., Elfriede Klant zum 81., Dieter Roßmann zum 72., in **Ludwigsfelde** Siegfried Töpfer zum 80., Christoph Peter zum 75.,

Helga Walter zum 85., Ruth Bär zum 85., in **Thyrow** Gerhard Rindt zum 71., in **Rangsdorf** Hartmut Berndt zum 76., Reinhold Scheffzük zum 80., Horst Wiese zum 81., in **Schönow** Christa Schreiber zum 74., in **Zossen** Ulrich Stobbe zum 79. und Kristin Wanke zum 75. Geburtstag. Den Geburtstagskindern alles Gute!

Beamte retten Knast-Brandstifter das Leben

Justiz-Sprecherin: JVA Heidering ohne Feuermelder. Vierter Vorfall seit der Inbetriebnahme.

Von Jutta Abromeit

Großbeeren – Dem 27-Jährigen, der am Wochenende in seiner Zelle der Haftanstalt Heidering vermutlich mit Selbstmordabsicht das Feuer legte, haben die Wärter „wohl das Leben gerettet“. Das sagt Claudia Engfeld, Justizsprecherin des Berliner Senats. „Die Justizbeamten waren von einem Gefangenen über Brandgeruch informiert worden“, erklärt die Sprecherin weiter. „Sie stehen in solchen Fällen nach Situationseinschätzung immer vor der Entscheidung, die Feuerwehr zu alarmieren und warten zu müssen, bis sie kommt, oder einfach erst mal schnell die Zellentür zu öffnen“, erläutert Engfeld die Vorgehensweise der Beamten. In diesem Falle hätten sie sich für letzteres entschieden.

Der Mann, der das Feuer legte, ist Pole. „Er war wegen Diebstahls zu einer relativ geringen Haftstrafe verurteilt gewesen und wäre im November auf freiem Fuß gewesen“, sagt Engfeld. Außerdem sei

er vermutlich drogenabhängig gewesen. Wie berichtet war in der Berliner Haftanstalt auf Brandenburger Boden am Samstagabend eine Zelle ausgebrannt, die beiden Insassen erlitten eine Rauchvergiftung, auch vier Beamte waren mit Verdacht auf leichte Rauchgasvergiftungen ins Krankenhaus gebracht worden.

●●Das ist angesichts von 7000 bis 8000 Häftlingen nicht ungewöhnlich oft.“

Claudia Engfeld, Justizsprecherin Senat Berlin

Dass es in den zurückliegenden 18 Monaten in der Großbeeren Haftanstalt bereits das vierte Mal brannte, ist für die Berliner Justiz „angesichts von 7000 bis 8000 Häftlingen im Jahr, die durchweg Menschen mit schwierigen Biografien sind, nicht ungewöhnlich oft“, findet Claudia Engfeld.

In den Berliner Vollzugsanstalten Moabit und Tegel hatte es dieses und voriges Jahr je einmal gebrannt und einmal auch in der Jugendstrafanstalt Plötzensee. Jeder Fall sei separat zu betrachten, in jedem Fall gebe es ganz spezielle Umstände, sagt die Sprecherin. Immer jedoch sei solches Handeln „extrem verantwortungslos, sowohl den Mitgefangenen gegen-

Zahlen und Fakten

Die Planung für den Bau der Justizvollzugsanstalt (JVA) Heidering in Großbeeren hatte mehr als zehn Jahre gedauert. Anfang 2013 war das Berliner Gefängnis auf Brandenburger Boden im Gleisring des Ortsbereichs Neubeeren, auf ehemaligen Rieselfeld-Gelände, fertig.

Untergebracht sind dort bis zu 648 Männer im geschlossenen Vollzug. Sie verbüßen Haftstrafen von einem Jahr

bis zu fünf Jahren. Rund 220 Mitarbeitern der Berliner Senatsverwaltung für Justiz arbeiten dort.

Geleitet wird die JVA Heidering von Anke Stein. In der auf einem ehemaligen Berliner Stadtgut errichteten Anstalt gelten das Vollzugs- und das Dienstrecht des Landes Berlin. Für die hoheitlich übertragene Aufgabe haben Berlin und Brandenburg seit 2011 einen Staatsvertrag. ja

über als auch gegenüber den Justizangestellten“. Aber weil jeder Fall anders liege, sei es auch kaum möglich, besondere Maßnahmen gegen solche Brände zu ergreifen. „Das Einzige, was natürlich gemacht wird, ist die Mitarbeiter so gut wie möglich zu schulen, um im Ernstfall routiniert handeln zu können.“

Sowohl die Zellen als auch die Flure von Haftanstalten haben keine Rauchmelder. „Zum einen wären sie sehr leicht zu manipulieren, was zu häufigen Fehlalarmen führen würde“, erklärt Engfeld. Zum

anderen wären solche Melder „gute Verstecke für Feuerzeuge und Zigaretten. Sie müssten also permanent kontrolliert werden, und dafür hat niemand das Personal“. Die Justizbeamten hätten zudem ganz andere Aufgaben, als ausschließlich mögliche Verstecke zu kontrollieren. Es gehe bei ihrer Arbeit vor allem um Resozialisierung.

Kerzen dürften die Gefangenen nicht in den Zellen haben, so Engfeld. Das Rauchen hingegen sei jedoch nicht zu verbieten. Die Zelle sei ja auch ein Rückzugsraum.

TODESANZEIGEN

Weinet nicht,
ich hab' das Leben überwunden,
bin befreit von Schmerz und Pein.
Denkt gern an mich in stillen Stunden,
lasst mich in Liebe bei Euch sein.

In Liebe und unendlicher Dankbarkeit nehmen wir Abschied von meinem lieben Mann, unserem herzenguten Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager, Opa und Uropa



Paul Schüler

* 20.07.1931 † 17.05.2015

In tiefer Trauer
**Deine Ehefrau Renate
und Kinder mit Familien**

Die Beisetzung findet am Sonnabend, dem 23. Mai 2015, um 14.00 Uhr auf dem Friedhof in Baruth statt.

Baruth, im Mai 2015

Zeigen Sie Ihre Anteilnahme.



Eine Traueranzeige erleichtert den Abschied.
Wenden Sie sich vertrauensvoll an die
Märkische Allgemeine: 0 331 2840366

Kompetent für Print und Online.

Ihre MAZ-Mediaberaterin:

Ellen Lenkewitz, Potsdamer Str. 55b, 14974 Ludwigsfelde
Tel. 03378 5196830, Fax 03378 5196831, ellen.lenkewitz@MAZ-online.de

Mähen im Weinberg

Debatte über Förderung von Schlepper und Etiketten für Zesch

Von Hartmut F. Reck

Luckenwalde / Zesch am See

Seit fünf Jahren bemühen sich ein paar Unermüdete um die Wiederbelebung des Weinbergs in Zesch am See. 2010 gründeten sie den Verein zur Förderung des historischen Weinbaus in Zesch, um die jahrhundertalte Tradition wieder aufzugreifen. Das Projekt wird aus verschiedenen öffentlichen Quellen finanziell gefördert, doch je näher man dem Vereinsziel rückt, desto mehr Arbeit macht es und desto mehr Unterstützung jedweder Art wird benötigt.

An irgendeinem Punkt stellt sich die Frage, ob die Pflege des Weinbergs noch etwas mit Heimatpflege zu tun hat. Vor diesem Dilemma steht gegenwärtig Landrätin Kornelia Wehlan (Linke). Denn der Verein hat einen Zuschuss aus der Gewinnausschüttung der Mittelbrandenburgischen Sparkasse (MBS) beantragt, wo-

rüber der Kreistag zu befinden hat. Dem Weinbergverein geht es unter anderem um die Anschaffung eines Ein-Achs-Schleppers, mit dem das wuchernde Gras und Unkraut rund um die Weinstöcke abgemäht werden soll. Außerdem hätte er gern 1500 Euro für Weinflaschen-Etiketten.

Nur: „Die Vermarktung des Weins hat nichts mit Natur- und Heimatpflege zu tun“, sagte die Landrätin bei der jüngsten Sitzung des Kreis-Landwirtschaftsausschusses. Zudem laufe der Kreis Gefahr, Steuern für den Verein zu zahlen, wenn dieser für etwas gefördert werde, was nicht dem steuerbegünstigten Vereinszweck diene. So habe die Kreisverwaltung die eingegangenen Anträge auf ihre Förderfähigkeit überprüft und sei beim Weinbergverein zum

Schluss gekommen, dass nicht alles den Förderrichtlinien entspricht. Deshalb hatte die Verwaltung anstatt der beantragten 15 500 Euro nur einen Zuschlag von 4650 Euro vorgeschlagen.

„Damit können wir die ökologische Bewirtschaftung aber nicht durchführen“, entgegnete Heiko Kiwit vom Verein. Dafür brauche man entsprechendes Gerät. Die Alternative wäre der Einsatz von Herbiziden, was nicht den Vereinszielen entspreche.

●●Vermarktung des Weins hat nichts mit Natur- und Heimatpflege zu tun.“

Kornelia Wehlan, Landrätin (Linke)

Felix Thier (Linke) empfahl, die Etiketten zu streichen und den Mäher mit aufzunehmen. Olaf Manthey (Plan B) schlug vor, den Fördervorschlag der Verwaltung um 10 000 Euro für einen Ein-Achs-Schlepper zu erhöhen. Diese Empfehlung folgte dann auch der Ausschuss einstimmig.